

Presseinformation

11. März 2020

Bankenpräsident fordert weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft

„In dieser Situation brauchen wir ein Bündel von **Maßnahmen**, um die wirtschaftlichen **Folgen** für unser Land zu **begrenzen**.“

Hans-Walter Peters
Präsident



- **„Banken wollen an der Seite ihrer Kunden sein“**
- **Regulatorische Anpassungen können Kreditversorgung verbessern**

Angesichts der sich ausweitenden Corona-Krise hat sich Bankenpräsident Hans-Walter Peters für konkrete Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft ausgesprochen. „Die privaten Banken wollen in der Corona-Krise an der Seite ihrer Kunden sein und ein verlässlicher Partner bleiben“, sagte Peters. Aufgrund der sich weiter verschärfenden Krise durch das Coronavirus sei zu erwarten, dass Kreditlinien von den Unternehmen voll gezogen werden und sich Zahlungsrückstände deutlich erhöhen.

Die geltenden regulatorischen und bilanziellen Mechanismen wirken dabei besonders in einer solchen rapiden, sektorübergreifenden Krise massiv verschärfend. Peters forderte die Wirkung der Regulierung durch gezielte Maßnahmen so anzupassen, dass Banken auch weiterhin in der Lage seien, Unternehmen effektiv zu helfen und mit Liquidität zu versorgen. „Die Folgen der Krise treffen in erster Linie die Kunden und nicht die Banken“, betonte der

Kontakt

Thomas Schlüter
Bundesverband
deutscher Banken e.V.
Leiter Media Relations,
Director, Pressesprecher
Tel. +49 30 1663 1230

thomas.schlueter@bdb.de

Schlagworte

Peters
Regulierung
Finanzmarktstabilität
Wirtschaft

Presseinformation

Bankenpräsident. "Wir stehen im Rahmen unserer Möglichkeiten bereit, um die Folgen abzumildern."

Zur Stabilisierung der Kapitalbasis wären dringend eine flexiblere Handhabung der Bilanzierungsregeln zur Risikovorsorge (IFRS 9) und der regulatorischen Ausfalldefinition sowie eine sachgemäße Absenkung der Zuschläge seitens der laufenden Institutsaufsicht erforderlich.

„In dieser außergewöhnlichen Situation brauchen wir ein Bündel von Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Folgen für unser Land zu begrenzen“, sagte Peters. Die Maßnahmen der Bundesregierung in Bezug auf die Kurzarbeiterregelungen seien dabei ein erster wichtiger Schritt.